



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/1127

28. September 1949

Zweckmässig entscheiden!

Schu. Bonn, Ende September

Der Bundestag wird voraussichtlich am Donnerstag endgültig über Bonn oder Frankfurt als vorläufigen Sitz der leitenden Bundesorgane zu entscheiden haben. Ein Antrag der SPD, der durch einen Antrag einer Reihe von Abgeordneten der verschiedensten politischen Gruppen aus den verschiedensten Teilen des Bundesgebietes unterstützt wird, spricht sich für die Wahl von Frankfurt am Main aus. Es handelt sich hierbei um eine Angelegenheit, die ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Zweckmässigkeit, des geringstmöglichen Kostenaufwands und der schnellen und möglichst wirksamen Arbeitsfähigkeit der Bundesorgane zu beantworten ist.

Für den Bund muss das eherne Gesetz der Sparsamkeit gelten. Der Bundestag muss deshalb bei seiner Beschlussfassung von der Frage ausgehen: Welche Kosten erfordert die Errichtung eines vorläufigen Bundessitzes, und an welcher Stelle sind diese Kosten inzwischen zum grösseren Teil bereits aufgewendet worden, so dass dort mit geringstmöglichem weiteren Aufwand die Bundesorgane ihre Tätigkeit aufnehmen können. Es handelt sich also, kurz gesagt, um die Entscheidung darüber, ob zu den bisher in Bonn ausgegebenen etwa 15 Prozent der erforderlichen Gesamtkosten noch die dem dort notwendigen weiteren 85 Prozent verausgabt werden sollen, oder ob in Frankfurt, wo etwa 85 Prozent der insgesamt erforderlichen Kosten bereits investiert worden sind, noch die restlichen 15 Prozent investiert werden sollen.

Die bisherigen Ausgaben für die Einrichtungen der bizonalen

Verwaltung belaufen sich nach dem Bericht des Technischen Ausschusses der Ministerpräsidenten auf 116,147.000 D-Mark. Dazu kommen an Umzugskosten der bizonalen Verwaltungen bei ihrer Errichtung an Kosten für die Länderhäuser in Frankfurt, die Bank deutscher Länder usw. 18,325.000 D-Mark und schliesslich an Aufwendungen der Wirtschaft für handelspolitische Vertretungen, die Unterbringung von Verbänden usw. am zentralen Sitz der Verwaltung rund 11,000.000 DM, so dass in Frankfurt bereits für Zwecke einer Zentralverwaltung oder damit zusammenhängende Ausgaben 145,472.000 DM investiert worden sind.

In Bonn sind dagegen für das Bundeshaus, dessen endgültiger Plenarsaal noch gebaut werden muss (der Bundestag tagt nur in einem vorläufigen Plenarsaal), für die vorläufige Unterbringung des Bundespräsidenten, die Bundeskanzlei und die sogenannten Führungsstäbe der ursprünglich acht in Aussicht genommenen Ministerien, an deren Stelle nunmehr dreizehn getreten sind, einschliesslich von 4,8 Mill. für fernmeldetechnische Anlagen, rund 21 Mill. ausgegeben worden. Wie hoch die Kosten für die weiteren 66.000 qm Nutzfläche in Bonn und die Bereitstellung der darüber hinaus vorgesehenen 50.000 qm Nutzfläche im Raume von Bonn sein werden, steht nach dem Bericht des Technischen Ausschusses der Ministerpräsidenten im einzelnen nicht fest. Der Bericht begründet sich mit der Feststellung, dass die endgültige Unterbringung der Bundesministerien usw. in Bonn und der weitere Ausbau von Verkehrs- und Fernmelde-Einrichtungen eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben zur Folge haben werden. Nach einer Auskunft der Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen werden in Bonn allein zum Ausbau des Fernmelde-netzes in den nächsten zwei Jahren 32 Mill. DM erforderlich sein. Man kann daher mühelos überschlagen, welche ungewöhnlichen, heute in keiner Weise vertretbaren Ausgaben bei einer endgültigen Wahl von Bonn entstehen werden.

Abgesehen davon, dass nach dem Bericht des Technischen Ausschusses der Ministerpräsidenten Wohnungen für Angehörige der

Bundesverwaltung in Bonn und Umgebung vorerst nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, können nach dem erwähnten Bericht in absehbarer Zeit in Bonn nur die Bundeskanzlei, das Innenministerium und das Justizministerium mit voller Soll-Stärke untergebracht werden. Wenn die Unterbringung der übrigen zehn Ministerien in voller Stärke in Bonn möglich sein wird, steht nach dem Bericht der Technischen Kommission, deren Vorsitz Ministerpräsident Arnold hatte und der von Ministerialdirektor Dr. Wandersleb vertreten wurde, noch offen.

In einer Zeit, in der schnelle Entschlüsse und ein wirksames Funktionieren der Bundesorgane unbedingt notwendig sind, ist also während eines längeren Zeitraumes in Bonn mit einer räumlichen Trennung der gesetzgebenden Körperschaften und der Bundesregierung von den verwaltenden, zum grössten Teil in Frankfurt sitzenden Abteilungen der Ministerien zu rechnen. Das muss zu einer verhängnisvollen Lähmung der Bundesorgane führen. Das Parlament, aber auch die Bundesregierung, wären nicht in der Lage, die Verwaltung ständig zu kontrollieren. Der Einfluss und die Herrschaft der Bürokratie würde sich bei einer Trennung von Parlament und Verwaltung in einer unerträglichen Weise geltend machen. Das Grundgesetz soll nur eine neue staatliche Ordnung für eine Übergangszeit schaffen. Sowohl Bonn als auch Frankfurt können daher nur vorläufig Bundessitz sein. Beide Städte müssen damit rechnen, dass mit Änderung der politischen Verhältnisse in absehbarer Zeit Berlin als endgültiger Bundessitz in seine alten Rechte tritt. Der Abzug der Bundesorgane wird dann für Bonn weit schmerzlicher und von weiter tragenden wirtschaftlichen Folgen sein als für die Grossstadt und Handelsmetropole Frankfurt.

- - - -

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat den Abschluss eines Handelsabkommens mit der Ostzone als nahe bevorstehend angekündigt. Der folgende Beitrag gibt Hintergrundmaterial zu dieser Situation. D.Red.

DWK sucht Dummie

Fr. Auch nach Aufhebung der Blockade sind Rohstoffe, Hilfsmittel und Ersatzteile in der Ostzone rar. Es fehlt immer noch an allen Ecken und Enden obwohl seit dem Mai ohne vertragliche Basis wahrscheinlich weit mehr Maschinen, Werkzeuge und industrielle Ausgangsprodukte aller Art aus den Westzonen nach dem Osten abgeflossen sind, als dies mit einem Interzonenhandelsvertrag der Fall gewesen wäre. Aber die Situation war, als die Sowjets die Abdrosselung Westberlins formell beendeten, in ihrer eigenen Okkupationszone derart katastrophal, dass selbst wilde Einfuhren in fünf Monaten die Löcher auch nicht halbwegs zu stopfen vermochten, die man in der Notzeit der Gegenblockade in immer grösserem Umfange hatte aufreissen müssen. Was dabei arbeitslos wurde, hatte die Wahl zwischen dem Eintritt in die "Volkspolizei" oder der Dienstverpflichtung in den Uran-Bergbau.

Einiges hat sich seitdem in den industriellen Arbeitsmöglichkeiten gebessert, aber keineswegs so durchgreifend, dass die sowjetische Besatzungsmacht und die von dieser gegängelte Deutsche Wirtschaftskommission ihrer grössten Sorgen bereits enthoben wären. Die Sowjets bestehen nach wie vor auf ihren Reparationen aus der laufenden Produktion, die vielerlei sowjetischen Staats-Aussenhandelsagenturen ausserdem auf Vorrangbelieferung zu Preisen, die im Regelfalle unter den Gestehungskosten liegen. Selbst wenn es nur diese Bedarfsträger gäbe, wäre die gegenwärtig vorhandene Rohstoffdecke zu dünn. Der Bedarf der Bevölkerung zählt dabei heute so wenig wie gestern. Aber es müssen die Aussenhandelsverträge mit den Ostblockstaaten erfüllt werden, es werden weiterhin Waren für den Export der DWK benötigt, ohne deren Bereitstellung es unmöglich ist, dringend benötigte Produktionsgrundlagen herbeizuschaffen, was zumeist auf dem Kompensationswege geschieht. Schliesslich müssen die staatlichen

HO-Läden geliefert werden, eine der wichtigsten Finanzquellen des DWK.

Diesen vielfachen und auch vielfach sich überschneidenden Anforderungen ist die ostzonale Produktion nicht gewachsen. Nach aussen gibt sich zwar die DWK den Anschein, als ob alles in bester Ordnung und die Erfüllung der utopischen Produktionspläne ein Kinderspiel sei. Wie wenig dies zutrifft, offenbart sie aber selbst mit Machenschaften und in der Art, wie sie Dumme sucht, die ihr aus der Pat-sche helfen sollen.

Seit einigen Monaten schon sind Agenten der DWK auf einer Werbetour in Westdeutschland tätig. Ihr Angebot lautet: Westdeutschland soll der ostzonalen Textilindustrie Rohstoffe zur Weiterverarbeitung in Lohn übergeben. Dagegenwäre nichts einzuwenden. Aber nun kommt das dicke Ende: Die ostzonalen Textilbetriebe sollen bei solchen Geschäften rund 50 Prozent der aus Westdeutschland angelieferten Rohstoffe als sogenannte Spinn- und Webverluste gratis einbehalten. Zusätzlich soll Westdeutschland die zurückzuliefernden 50 Prozent Fertigware aus der Ostzone in horrenden Westmarkpreisen bezahlen.

Der normale Spinn- und Webverlust liegt aussersten Falles bei 25 Prozent. Das heisst also, dass die DWK weitere 25 Prozent für sich zu vereinnahmen wünscht. Mit diesen ergaunerten Rohstoffen kann sie dann die westdeutschen Textilpreise weitgehend unterbieten und für Einkäufe im Westen oder zur Unterstützung der KP Westmarkbeträge erlangen.

Weitere begehrte Westmark soll nach den Kompensationsvorschlägen der DWK auf diese Weise in ihre Kassen fliessen: Für den Veredelungsauftrag stellt der ostzonale Textilfertiger zwar Rechnung in Ostmark aus, aber die DWK verlangt vom westdeutschen Auftraggeber Bezahlung in Westmark. Und zwar auf der Basis: eine Ostmark = 1,20 Westmark. Oder konkret ausgedrückt: die Textilfirmen in der Ostzone erhalten für den Meter Fertigware von der DWK vier Ostmark, während die DWK selbst 4,80 Westmark von den westdeutschen Rohstofflieferanten verlangt.

PV - Sitzung am 22. Oktober

sp. Die nächste Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei wird am 22. und 23. Oktober voraussichtlich in Bonn stattfinden. Die endgültige Bestimmung des Tagungsortes erfolgt noch.

- - - - -

Die vier grossen Probleme

sp. Nach Erledigung der im Bundestag vorliegenden Anträge wird sich, wie wir erfahren, die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion vorwiegend auf vier besonders wichtige Gebiete konzentrieren:

1. den sozialen Wohnungsbau, der schnellstens aus dem Stadium der Deklamationen in das der Verwirklichung überführt werden muss;
2. einen durchgreifenden Lastenausgleich nach den Grundsätzen, die von der SPD seit Jahr und Tag verkündet worden sind;
3. die Hilfe der Flüchtlinge, die, nach einer umfassenden und verbindlichen Enquête auf Bundesbasis, mit grösster Schnelligkeit und ohne Scheu vor radikalen Eingriffen zu verwirklichen ist;
4. eine zweckmässige Steuerreform und die Lösung der mit ihr zusammenhängenden Probleme.

In dieser Aufzählung sind nur die vier grossen Grundthemen angesprochen, viele andere zusätzliche Probleme werden hinzukommen. Mit allen einer grossen Oppositionspartei zur Verfügung stehenden Mitteln - und die sind nicht gering - wird die SPD bei der Bundesregierung auf eine Regelung dieser Frage in einem wirklich fortschrittlichen Geiste drängen. Wo dieser Forderung entsprochen wird, soll das anerkannt werden. Wo sich sachlich nicht zu rechtfertigende Widerstände bemerkbar machen, wird auch das nachdrücklich klargestellt werden.

Gedenken an Gustav Stresemann

sp. Am 3. Oktober 1929, also vor zwanzig Jahren, starb Gustav Stresemann, Aussenminister der ersten Deutschen Republik.

Gerade in diesen Tagen angestrengten deutschen Bemühens um die ersten sichtbaren Bekundungen einer internationalen Anerkennung, ist die Erinnerung an ihn besonders lebendig. Er war einer der kaum mehr als ein Dutzend ausmachenden deutschen Politiker der Weimarer Republik, die staatsmännisches Format besaßen und internationale Geltung für sich und durch sich für ihr Volk erwarben. Wenn er, eine massige Gestalt, mit kahlem Schädel und sehr eigenwilligem und alles andere als ansprechendem Gesicht, seine auffallend hohe, immer etwas an eine Trompete erinnernde Stimme im Reichstag erhob, verflog jede Müdigkeit im Parkett der Abgeordneten, das sich schnell füllte, denn man wusste: Wenn Stresemann spricht, wird er nicht nur reden, sondern etwas sagen.

Gustav Stresemann hatte sich aus kleinbürgerlichen Verhältnissen der Berliner Altstadt zum Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller emporgearbeitet. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 gründete er die "Deutsche Volkspartei", wurde Reichskanzler der grossen Koalition vom Jahre 1923 und blieb bis zu seinem Tod in wechselnden Regierungen als Reichsaussenminister der einflussreichste Mann der Weimarer Republik.

Dieser nüchtern rechnende Syndikus wuchs durch die von ihm inaugurierte deutsch-französische Verständigungspolitik und durch seine Freundschaft zu dem ihm wesensverwandten Aristide Briand zu einem Staatsmann von europäischem Ausmass empor.

Sein Aufstieg ging über den Dawesplan 1924 und den Locarno-Pakt 1925 zum "Gespräch von Thoisy" im Jahre 1928 und über seine glanzvollen Reden auf dem Parkett des Völkerbundes bis zur Konferenz vom Haag im August 1928 vor sich, damals freilich war er schon ein vom Tode gezeichneter Mann.

Noch am 1. Oktober 1929 schleppte er sich in die Fraktionssitzung seiner Partei, um die grosse Koalition zu retten. Dann brach er zusammen und starb in der braunen Backstein-Villa der "Ministergärten" hinter dem Auswärtigen Amt, in der vor ihm Rathenau und nach ihm Ribbentrop gewohnt haben. Jedem, der es miterlebt hat, ist das Begräbnis Stresemanns eine ergreifende Erinnerung. Unter seinem Arbeitszimmer im Auswärtigen Amt hielt einen Augenblick der Zug und die Teilnehmer sahen eine Minute stumm zu den Gittern empor. Dann schloss sich über Stresemann im Luisenstädtischen Friedhof das Grab. Ein Jahr später stand Briand vor dem Erdhügel. Wenige wussten damals, dass mit Stresemann der europäische Frieden begraben worden war.